

Anlage 1 zum RdErl. vom 6.10.2003

An die
Bezirksregierung

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für Maßnahmen des Bodenschutzes

1

Antragsteller/ -in

Name/Bezeichnung:		
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort/Kreis	
Auskunft erteilt:	Name/Telefon (Durchwahl)	
Gemeindekennziffer:		
Bankverbindung:	Konto-Nr.	Bankleitzahl
	Bezeichnung des Kreditinstitutes	

2

Maßnahme

Bezeichnung (Entwurf, Aufsteller):		
Durchführungszeitraum:	von	bis

3

Gesamtkosten

lt. beil. Kostenvoranschlag / Kostengliederung	EUR
Beantragte Zuwendungen	EUR

4

Finanzierungsplan

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
	20..	20..	20.. und folg.
in 1.000 EUR			
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3)			
4.2 Eigenanteil (einschl. nicht zuwendungsfähiger Kosten)			
4.3 Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)			
4.4 Sonstige beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne Nr. 4.5) durch			
4.5 beantragte Zuwendung (Nrn. 3 und 5)			

5

Beantragte Zuwendung

Zuwendungsbereich (Maßnahme)	Zuweisungen/ Zuschüsse	v. H. d. zuwendungsfähigen Kosten
Summe		

6

Begründung

6.1

Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u. a. Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen):

6.2

Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u. a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten):

7

Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

(Finanzlage und Tragbarkeit der Folgelasten für den / die Antragsteller / -in usw.)

8 Erklärungen

Ich erkläre, dass

8.1
mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten,

8.2
mit der Maßnahme zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr bereits begonnen wurde,*

8.3
ich geprüft habe, ob ein Ordnungspflichtiger zu den Kosten der Maßnahme herangezogen werden kann (Ergebnis der Prüfung liegt als Anlage bei),

8.4
mir bekannt ist, dass aufgrund des § 25 des Bundes-Bodenschutzgesetzes ab dem In-Kraft-Treten des Gesetzes bei öffentlich geförderten Maßnahmen zur Erfüllung der Pflichten aus § 4 des Bundes-Bodenschutzgesetzes, soweit hierdurch der Verkehrswert des Grundstückes nicht nur unwesentlich erhöht wird, nach deren Abschluss von der zuständigen Behörde ein Wertausgleich bis zur Höhe der gewährten Zuwendung festgesetzt werden kann,

8.5
eine Berechtigung zum Vorsteuerabzug besteht / nicht besteht*
und dies bei den Ausgaben berücksichtigt ist (Preise ohne Mehrwertsteuer),

8.6
die Angaben in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,

8.7
(außerdem bei juristischen Personen des privaten Rechts): ich davon Kenntnis genommen habe, dass alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne § 264 Strafgesetzbuch i. V. mit § 1 Landessubventionengesetz sind,

für Maßnahmen nach der Nr. 2.1

8.8
die Voraussetzungen nach den Nrn. 3.1 oder 3.2 erfüllt sind,*

für Maßnahmen nach der Nr. 2.1.1

8.9
mir keine ausreichenden Untersuchungen zur gebietsbezogenen Ermittlung und Bewertung von Bodenbelastungen und Bodenfunktionen vorliegen und die Voraussetzungen der Ziffer 4.6 beachtet werden

für Maßnahmen nach der Nr. 2.1.2

8.10
die mir bisher vorliegenden Unterlagen keine ausreichende Gefährdungsabschätzung ermöglichen

für Maßnahmen nach der Nr. 2.1.3

8.11
Art und Umfang notwendiger Sanierungsmaßnahmen nicht ausreichend beurteilt werden können

für Maßnahmen nach den Nrn. 2.2 bis 2.3

8.12
eine Gefährdungsabschätzung oder Sanierungsuntersuchung vorgenommen wurde,*

8.13
eine Gefährdungsabschätzung oder Sanierungsuntersuchung wegen Maßnahmen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr nicht vorgenommen werden konnte, aber eine ordnungsbehördliche Überwachungs- oder Sanierungsmaßnahme angeordnet wurde,*

8.14
die Voraussetzungen nach den Nrn. 3.1 oder 3.2 erfüllt sind,*

8.15
die Maßnahme nach der bestehenden Nutzung notwendig ist,

8.16
die Maßnahme zur Erfüllung der Pflichten zur Gefahrenabwehr nach § 4 BBodSchG notwendig ist (Nr. 4.3),

8.17
die Voraussetzungen der Nrn. 4.3.1, 4.3.2 oder 4.7 vorliegen,*

8.18
die Voraussetzungen der Nr. 4.4 vorliegen.*

9 Anlagen

a)
Erläuterung und genaue Beschreibung der beabsichtigten Maßnahme

b)
Kostenberechnung

c)
Zeitplan

d)
Gefährdungsabschätzung, Sanierungsuntersuchung, Sanierungsplan

e)
Prüfergebnis nach Nr. 8.3 der Erklärungen

f)
ordnungsbehördliche Anordnung/Vergleich*

g)
Angaben zur kommunalen Planung*

h)
Begründung für die Notwendigkeit des Projektmanagements nach Nr. 5.5.1.2 der Richtlinie*

.....
(Ort/Datum)

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

* Nichtzutreffendes streichen

**10
Kommunalaufsichtliche Stellungnahme**

1.
Kommune ohne Haushaltssicherungskonzept (HSK)? ja/nein *
2.
Maßnahme kann aus dem Haushalt finanziert werden? ja/nein *
3.
Stellungnahme zur Haushaltsverträglichkeit bei Kommunen mit HSK:

.....
(Ort/Datum)

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

**11
Ergebnis der Antrags-Prüfung durch die Bezirksregierung**

1.
Nach Prüfung der dem Antrag beigefügten Pläne, Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstiger Unterlagen wird festgestellt, dass die Maßnahme den sich aus dem Förderzweck ergebenden fachlichen Anforderungen und den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit - nicht - entspricht* .

2.
Berechnung der Zuwendung:

GesamtausgabenEUR
nicht zuwendungsfähige AusgabenEUR
zuwendungsfähige AusgabenEUR
der Höchstbetrag der Zuwendung beträgt bei einem Fördersatz von 80 v. H.EUR

.....
(Ort/Datum)

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

* Nichtzutreffendes streichen